

1 Antrag zur Beschlussfassung auf dem
2 Landesparteitag von B90/Grüne Saarland in
3 Homburg am 8. November 2015
4 Antragssteller: Landesvorstand



5
6 **Klimawandel bekämpfen,**
7 **Erneuerbare Energien forcieren,**
8 **Kohleausstieg einleiten!**

9 Das Jahr 2015 könnte zum wärmsten jemals gemessenen Jahr weltweit werden. Das wäre
10 nur ein weiterer Höhepunkt der klimatischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte: Jahr für
11 Jahr werden neue Temperaturrekorde aufgestellt, erleben wir schwerste Unwetter, Orkane
12 und Jahrhundertfluten. Am stärksten trifft all das diejenigen, die am wenigsten für die
13 Veränderung des Weltklimas verantwortlich sind: die ärmsten Länder der Welt.
14 Auswirkungen sind aber auch heute schon bei uns spürbar: Im Saarland ist gemäß den
15 Ergebnissen der Klimamodelle auch im Winter aufgrund länger andauernder
16 Schlechtwetterperioden und selteneren Schneefällen mit einer Zunahme von Hochwassern
17 zu rechnen.

18 2015 bietet mit der UN-Klimakonferenz in Paris aber auch eine große Chance, endlich ein
19 verbindliches Klimaabkommen zu beschließen und konkrete Maßnahmen festzulegen, um
20 wenigstens das Minimalziel einer Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf zwei
21 Grad noch erreichen zu können. Der Verlauf der Vorverhandlungen zeigt aber, dass das
22 alles andere als sicher ist.

23 Nicht nur auf der internationalen, auch auf der nationalen Ebene wird dem Schutz des
24 Klimas nach wie vor nicht die notwendige Bedeutung beigemessen. Obwohl sich die
25 Kanzlerin auf internationaler Bühne gerne mit dem Klimaschutz brüstet, wird Deutschland
26 seine selbst gesteckten Klimaziele verfehlen. Das 2020-Ziel, wonach Deutschland 40
27 Prozent seiner CO₂-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 einsparen will, wird mit den
28 vereinbarten Maßnahmen des letzten Klimagipfels nicht mehr zu erreichen sein.

29 Gleiches lässt sich immer häufiger auf Landes- und kommunaler Ebene beobachten:
30 Bestehende Ziele zum Schutz des Klimas und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien
31 werden leichtfertig zugunsten kurzfristiger Interessen aufgegeben. Das hierbei angewandte
32 St. Florians-Prinzip führt uns in die klimapolitische Sackgasse. Jede Ebene im föderalen
33 System muss ihren Beitrag zum Schutz des Klimas leisten. Dazu gehört auch und gerade
34 vor dem Hintergrund seiner spezifischen Wirtschafts- und Energiestruktur das Saarland.

35 **Besondere Verantwortung des Saarlandes beim Klimaschutz**

36 Die Wirtschaftsstruktur unseres Bundeslandes ist gekennzeichnet durch einen hohen
37 industriellen Anteil. Die metallherstellende und -verarbeitende Industrie, der Automotive-
38 Bereich, der Maschinenbau und die Elektroindustrie bilden den industriellen Kern des
39 Saarlandes. Diese überdurchschnittliche Bedeutung der Industrie spiegelt sich unter
40 anderem darin wieder, dass der Energiebedarf pro Kopf und der Anteil der Industrie am
41 Endenergieverbrauch fast doppelt so hoch sind wie im Bundesschnitt.

42 Dabei spielt der Energieträger Kohle im Saarland eine weit überdurchschnittliche Rolle.
43 Ursache hierfür ist einerseits die kohlebasierte Stahlproduktion. Andererseits ist das aber
44 auch dem besonders hohen Anteil der Kohle an der Stromerzeugung im Saarland
45 geschuldet. Hier belegt das Saarland mit über 80 Prozent einen Spitzenplatz unter allen

46 Bundesländern. Nirgends sonst ist der Anteil der Kohle so hoch wie bei uns. Wir erzeugen
47 doppelt so viel Strom aus Kohle wie im Bundesschnitt!

48 Die enorme Bedeutung der Kohle zieht besonders hohe CO₂-Emissionen nach sich. Pro
49 Kopf wurden im Saarland im Jahr 2012 21,7 Tonnen CO₂ emittiert, der zweithöchste Wert
50 nach Brandenburg. Im Bundesschnitt waren es 9,9 Tonnen. Die Verbrennung der Kohle hat
51 aber nicht nur große Folgen für das Weltklima, sondern auch direkte Auswirkungen vor Ort
52 für Umwelt und Gesundheit: durch Feinstaub oder Gifte wie Quecksilber, PCB und Dioxine.

53 All das zeigt: Das Saarland hat mit seinen sehr hohen CO₂-Emissionen eine besondere
54 Bedeutung für die Bekämpfung des Klimawandels. Es hat mit dem hohen Anteil an
55 Kohlestrom aber auch enorme Potentiale, die CO₂-Emissionen zu senken, ohne seine
56 Wirtschaftsstruktur mit ihrem industriellen Kern aufgeben zu müssen. Auch und gerade als
57 Industrieland muss das Saarland seiner Verantwortung gerecht werden und die bestehenden
58 Möglichkeiten nutzen und vorantreiben.

59 **Große Koalition verschließt die Augen vor der Zukunft**

60 Dem kommt die schwarz-rote Landesregierung allerdings nicht nach. Nach
61 Regierungsübernahme hat sie in der Energiepolitik des Landes eine 180-Grad-Wende
62 hingelegt. So ist der in unserer Regierungszeit verabschiedete „Masterplan Energie“, der
63 mögliche Wege aufgezeigt hat, wie bis zum Jahr 2050 80 Prozent an CO₂ Emissionen im
64 Saarland eingespart werden können, schnell weit unten in der Schublade verschwunden.

65 Die schwarz-rote Landesregierung will sich selbst keine Ziele zur CO₂-Einsparung setzen
66 und lehnt ein landeseigenes Klimaschutzgesetz, wie es in vielen anderen Bundesländern
67 verabschiedet wurde, ab.

68 ***Landesregierung setzt auf Kohle***

69 Stattdessen hält die Große Koalition im Land unbeirrt an der Kohle fest. Ihr
70 energiepolitisches Engagement ist darauf konzentriert, sich auf Bundesebene für die
71 Förderung der Kohlekraft und den Erhalt der bestehenden saarländischen
72 Kraftwerkslandschaft einzusetzen.

73 Das halten wir Grüne nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch aus
74 wirtschaftspolitischen Gründen für falsch. Die Landesregierung blendet hierbei die sich
75 verschärfende Rohstoffknappheit, steigende Preise und die sich für CO₂-intensive
76 Energieträger verschärfenden politischen Rahmenbedingungen vollständig aus. Mit ihrer
77 kurzsichtigen Kohlepolitik riskiert sie so mittel- und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des
78 saarländischen Energie- und Industriestandorts.

79 Darüber hinaus böte ein zukunftsorientierter Umbau der Energieversorgung ein immenses
80 Wertschöpfungs- und Jobpotential. Von dem Ausbau der Erneuerbaren profitiert schließlich
81 gerade auch eine Fülle saarländischer Unternehmen. Das IZES-Institut bezifferte in einer
82 Studie aus dem Jahr 2013 die Beschäftigungseffekte des Ausbaus der Erneuerbaren bis
83 2020 im Saarland auf 275 Arbeitsplätze pro Jahr.

84 Es gilt, unsere Energieversorgung jetzt für künftige Entwicklungen aufzustellen, die
85 unweigerlich kommen werden, um auch in Zukunft Versorgungssicherheit und Energie zu
86 bezahlbaren Preisen garantieren zu können. Um dem Energie- und Industrieland Saarland
87 eine zukunftsfähige nachhaltige Perspektive zu eröffnen, müssen der Ausbau der
88 Erneuerbaren genauso vorangetrieben werden wie eine Modernisierung und Umrüstung des
89 saarländischen Kraftwerksparks auf CO₂-ärmere Alternativen.

90 ***Landesregierung lässt Erneuerbare links liegen***

91 Als Minimalziel hat die Landesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart, bis zum Jahr 2020
92 einen Anteil von 20 Prozent des Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien zu erzielen.
93 Selbst hiervon ist das Land nach wie vor weit entfernt. 2013 betrug der Anteil der

94 Erneuerbaren Energien am Verbrauch gerade einmal 8 Prozent. Zum Vergleich: Im Bund lag
95 er bei 25 Prozent. Nach aktueller Einschätzung des Energiebeirats des Saarlandes wird das
96 Land das 20-Prozent-Ziel im Jahr 2020 nicht erreichen, wenn das EEG wie geplant geändert
97 wird.

98 Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben, hatte das damals grün geführte
99 Umweltministerium den Gemeinden größere Spielräume bei der Planung von
100 Windenergieanlagen eingeräumt. Ein Ausbau sollte auch außerhalb der damals festgelegten
101 Vorranggebiete ermöglicht werden. Die Idee dahinter war, den Kommunen die
102 Selbstbestimmung von Windstandorten zu überlassen und die Planung so nah wie möglich
103 an die Bürgerinnen und Bürger zu verlegen.

104 Dabei sollten die Kommunen von der Landesregierung aktiv unterstützt werden, um die
105 Anwohner vor Ort von der Nutzung windhöffiger Standorte zu überzeugen. Die Kommunen
106 sollten bei der Erstellung von Energiekonzepten beraten und bei der frühzeitigen
107 Bürgerbeteiligung bei Genehmigungsprozessen unterstützt werden.

108 Die schwarz-rote Landesregierung ist diesen Weg allerdings nicht weitergegangen. Statt die
109 Planungen der Kommunen vor Ort im Sinne der Energiewende zu begleiten, beschränkt sie
110 sich darauf, die Planungen der Kommunen zur Kenntnis zu nehmen. Dieses passive
111 Verhalten der Landesregierung führt vor Ort in vielen Fällen dazu, dass restriktivere
112 Planungen betrieben werden, als sie für einen ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren
113 Energien notwendig wären. Hierdurch werden auch große kommunale Einnahme- und
114 Wertschöpfungspotentiale verspielt.

115 Ein Beispiel für eine solch restriktive Planung ist der Regionalverband Saarbrücken, wo ein
116 bestehender Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung zugunsten eines
117 größeren Abstands verworfen wurde. Hierdurch wurde ein Potential von mindestens 78 MW
118 an Windkraft im Regionalverband verspielt. Windkraftverhinderung wird vor Ort aber nicht
119 nur bei der Ausweisung von Konzentrationszonen betrieben. Auch bei der Genehmigung von
120 Windkraftanlagen bzw. -parks zeigen sich einige Kommunen kreativ. Ein Paradebeispiel
121 hierfür liefert Homburg, wo mit allen Möglichkeiten versucht wurde, die Verfahrensdauer zur
122 Genehmigung eines Windparks bis zu seiner Unwirtschaftlichkeit hinauszuzögern und den
123 geplanten Windpark schließlich mit einer selektiven Meinungsumfrage zu verhindern. Zum
124 Glück bzw. mit Recht blieben die Verhinderer jedoch erfolglos. Die Landesregierung hat bei
125 alldem wort- und tatenlos zugesehen.

126 Wir Grüne wollen verhindern, dass die Energiewende vor Ort scheitert. Bisher sind gerade
127 einmal 182 MW an elektrischer Leistung aus Windkraft im Saarland installiert. Die
128 Windpotentialstudie aus dem Jahr 2011 hatte für das Jahr 2015 ein Potential von 402 MW
129 errechnet. Das ist mehr als die doppelte Leistung, die heute installiert ist. Die
130 Landesregierung muss die Planungen der Kommunen aktiv im Sinne der Energiewende
131 begleiten, wie dies in anderen Bundesländern auch stattfindet. Ein Vorbild kann das
132 „Bürgerforum Energieland Hessen“ oder die „Servicestelle Windenergie“ des Kreises
133 Steinfurt sein.

134 ***Landesregierung macht andere Alternativen zunichte***

135 Auch was andere wichtige Pfeiler einer nachhaltigen Energieversorgung angeht, befindet
136 sich die Große Koalition im Dornröschenschlaf.

137 So wird die Möglichkeit eines Pumpspeicherkraftwerks im stillgelegten Bergwerk Saar nicht
138 vorangetrieben. Im Gegenteil: Mit ihrer Genehmigung des Grubenwasseranstiegs verhindert
139 die Landesregierung die Nutzung des Nordschachts im Bergwerk Saar als
140 Pumpspeicherkraftwerk selbst. Das gleiche gilt für die klimafreundliche energetische
141 Verwertung des Grubengases, die nach Flutung der Schächte nicht mehr möglich sein wird.

142

143 **Sechs Punkte für eine klimafreundliche Energieversorgung im Saarland**

144 Wir Grüne bekennen uns zum Industrieland Saarland. Der industrielle Kern unserer
145 Wirtschaft darf aber nicht als Ausrede gegen einen ambitionierten Klimaschutz und gegen
146 die Energiewende in unserem Land gelten. Das hielten wir auch und gerade aus wirtschafts-
147 und industriepolitischen Gründen für kurzfristig und falsch. Die Industrie ist auf eine sichere
148 und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Das geht auch ohne 80 Prozent
149 Kohlestrom. Es ist nicht die Frage, ob Energie erzeugt wird, sondern wie sie erzeugt wird.

- 150
 - *Verbindliche Klimaschutzziele für das Saarland festschreiben*

151 Wir fordern die Landesregierung auf, sich zum „Masterplan Energie“ aus dem Jahr 2011 zu
152 bekennen, ihn fortzuschreiben und verbindliche CO₂-Ziele in einem Klimaschutzgesetz zu
153 verankern. Auf Basis dieses Gesetzes muss ein Aktionsplan zur Umsetzung konkreter
154 Maßnahmen entwickelt werden.

- 155
 - *Erneuerbare Energien vorantreiben: Servicestelle einrichten*

156 Die Landesregierung muss den Ausbau der Erneuerbaren vor Ort aktiv vorantreiben. Dazu
157 gehört das Werben für die Energiewende vor Ort, die Beratung und Aufklärung der
158 Kommunen sowie eine umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger, um Chancen
159 aufzuzeigen und Vorurteile auszuräumen. Ein wichtiger Baustein ist die Einrichtung einer
160 Servicestelle Energiewende nach dem Vorbild Hessens oder des Kreises Steinfurt.

- 161
 - *Kraftwerkspark CO₂-arm modernisieren*

162 Statt naiv auf kohlefremde politische Rahmenbedingungen zu hoffen und weiter auf die
163 Kohle zu setzen, muss die Landesregierung die Realitäten anerkennen. Es gilt, den
164 saarländischen Kraftwerkspark CO₂-arm umzurüsten. Hierzu gehört auch die Unterstützung
165 der Realisierung von Ersatzkapazitäten mit höchsten Wirkungsgraden und flexibler
166 Fahrweise, bevorzugt Gas.

- 167
 - *Bergbauerbe für die Energiewende nutzen*

168 Die Landesregierung muss die Chancen des Bergbauendes für die Energiewende nutzen.
169 Neben der Nutzung alter Bergbauflächen für die Photovoltaik gehört hierzu vor allem die
170 Realisierung eines Pumpspeicherkraftwerks im Bergwerk Saar. Die Möglichkeit der
171 Realisierung muss gegen den genehmigten Grubenwasseranstieg abgesichert werden.
172 Gleiches gilt für die Nutzung des Grubengases zur Energieverwertung.

- 173
 - *Kommunale Beteiligung ermöglichen*

174 Das saarländische Kommunalverwaltungsgesetz ist bezüglich einer Beteiligung der
175 Kommunen an der Energiewende sehr restriktiv, beispielsweise wird eine Beteiligung an
176 Energiegenossenschaften faktisch ausgeschlossen. Auf diese Hürde weist auch der
177 Energiebeirat des Saarlandes hin. Wir fordern die Änderung des
178 Kommunalverwaltungsgesetzes.

- 179
 - *Änderungen am EEG abwenden*

180 Die geplante Ausschreibungspflicht für Windkraft kann erhebliche Auswirkungen auf die
181 Energiewende im Saarland haben. Wir fordern die Landesregierung auf, sich für faire
182 Chancen für die on-shore-Windkraft und gegen weitere Hürden für
183 Bürgerenergiegenossenschaften einzusetzen.